

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
02/2014*



Liebe FreundInnen!

am 17. Februar ist der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Thema war die aktuelle Situation rund um das Hypo Alpe-Adria Desaster, dessen Ursache in der Amtszeit vom früheren LH Haider zu finden ist. Neben Informationen zur Diskussion im Nationalrat habe ich Euch auch den Offenen Brief von LH Peter Kaiser beigefügt, in dem er seine Sichtweise zur Causa Hypo nennt.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

Am Montag, 17. Februar, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen, in der der Bundeskanzler und der Finanzminister im Rahmen einer Erklärung ausführlich über den Status quo bei der Hypo Alpe Adria informierten. Im Anschluss stellte sich der Finanzminister auch im Rahmen einer Dringlichen Anfrage den Fragen der Oppositionsparteien. Die Forderung nach Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fand keine Mehrheit.

Bundeskanzler **Werner Faymann** bekräftigte im Rahmen der Sondersitzung seine Bestrebungen die **Hypo bestmöglich abzuwickeln**, die **Kosten gering zu halten** und **richtige Schlüsse** aus der Causa zu **ziehen**. Der Kanzler informierte, dass aktuell das Modell einer **Anstaltslösung** – eine Art Verwertungsgesellschaft ohne Banklizenz – geprüft werde. Deutschland habe dieses Modell bereits erfolgreich angewandt. Faymann erinnerte an die **verantwortungslose Politik der FPÖ in Kärnten**, die das **Hypo-Debakel** verursacht hat.

Zur Stunde bestehen noch **12,5 Milliarden Euro** an **Haftungen** des Landes **Kärnten**. Die **Bilanzsumme** konnte bisher **von 40 Milliarden auf rund 27 Milliarden Euro reduziert** werden. Die Hypo Alpe Adria ist ein Beispiel dafür, dass als **politische Konsequenz** die **umfassende Regulierung der Finanzmärkte**, die **Bankenunion** und die Umsetzung eines effektiven Mechanismus für eine **geordnete Abwicklung von Banken** wichtig sind. Der Bundeskanzler zeigte sich auch überzeugt, dass die **Bankenabgabe** sowie andere **Beiträge aus dem Finanzsektor gerechtfertigt** sind, weil Schäden aus dem Bereich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht alleine tragen können, sondern der Bankensektor einen erheblichen Beitrag leisten muss.

Einer **Konkurs-Lösung**, wie sie von einigen in der Öffentlichkeit propagiert wird, kann der **Bundeskanzler** nichts **abgewinnen**. Das **Risiko der Ansteckung** anderer Banken und des **Vertrauensverlustes** in österreichische Institute ist dafür zu hoch. „Wir müssen das **Vertrauen in Österreich stärken** und brauchen eine Abwicklung, die belegt, dass wir die richtigen Konsequenzen ziehen“, sagte Faymann.

Auch **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** sah die **Verantwortung** für das Hypo-Desaster bei **Jörg Haider und der FPÖ**. Jetzt ist es wichtig, **rasch** zu einer **Lösung** zu kommen und das **toxische Portfolio** in einer Bad Bank **abzuarbeiten**. Dabei geht es nicht um 19 Milliarden, sondern um **vier bis sieben Milliarden Euro** an Kosten in den nächsten Jahrzehnten. Dem gegenüber stehen **640 Millionen jährliche Einnahmen** aus der **Bankenabgabe**. Über die Bankenabgabe wird verhindert, dass alleine die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Last des Hypo-Debakels tragen.

Stattdessen wird der **Finanzsektor** selbst mit dieser Versicherungsprämie an den **Kosten beteiligt**, weil er auch davon profitiert hat, dass die Hypo gerettet wurde.

Die Experten der **Task Force Hypo** haben eine Vielzahl an Möglichkeiten vorgelegt, die Varianten sind geprüft worden. Jetzt geht es darum, die zahlreichen **Detailfragen zu klären**, wie etwa die Möglichkeit, **Gläubiger heranzuziehen**. Mittelfristig muss außerdem eine **europäische Bankenaufsicht**, die umfassend durchgreifen kann, etabliert werden, um in Zukunft ähnliche Situationen zu verhindern. In Richtung FPÖ-Klubobmann Strache merkte Schieder an: „Das wahre Verbrechen am Steuerzahler und an der Steuerzahlerin war die Übernahme von 25 Milliarden Euro Haftung für die Hypo“, empörte sich Schieder und wies darauf hin, dass an dieser Entscheidung damals auch **Strache** und **Lugar** (heute Team Stronach) als **Mitglieder des FPÖ-Parteivorstands** beteiligt waren.

Im Rahmen der **Dringlichen Anfrage** beschäftigte sich **SPÖ-Finanzsprecher Kai Jan Krainer** mit der Frage nach der **besten und günstigsten Lösung für die SteuerzahlerInnen**. Die Rolle der **FPÖ im Hypo-Debakel** hatte Krainer bereits in seiner Rede am Vormittag eingehend behandelt. Die SteuerzahlerInnen haben das **Hypo-Desaster** 2009 durch die unverantwortliche Politik der **FPÖ in Kärnten** umgehängt bekommen. Die SPÖ schaut nun darauf, dass die **Kosten** am Ende des Tages **für die SteuerzahlerInnen möglichst gering** sind und dass der **Finanzmarkt** dafür **zahlt**. Von Beginn an hat die SPÖ die **Banken** und den **Finanzsektor** in die Verantwortung genommen. Die Banken haben bereits in den vergangenen Jahren durch Maßnahmen wie die **Bankenabgabe vier Milliarden Euro** beigesteuert und werden in den **nächsten Jahren weiter rund sieben Milliarden Euro** bezahlen. Daher forderte Krainer auch **mehr Unterstützung der Oppositionsparteien** für die Bankenabgabe.

Im Rahmend der **Kurzdebatte** zur **Einsetzung eines Untersuchungsausschusses** beschäftigte sich auch SPÖ-Abgeordneter **Maximilian Unterrainer** mit der FPÖ und betonte, dass es in **Kärnten** bereits einen **Untersuchungsausschuss** gegeben habe. Er zitierte dabei den damaligen Vorsitzenden Rolf Holub von den Grünen, der im abschließenden Ausschussbericht festgehalten hatte: „Es kann festgestellt werden, dass die Notverstaatlichung der HGAA verhindert werden hätte können, wenn sämtliche aufgezeigten operativen Schwächen der Bank seit 2001 zeitnahe und umfassend behoben worden wären. Insofern liegt die **politische Verantwortung** dafür vor dem Hintergrund der Landeshaftung bei den zuständigen Finanzlandesreferenten **Ing. Karl Pfeifenberger, Dr. Jörg Haider und Mag. Harald Dobernig**.“ Unterrainer verwies auch auf abgeschlossene und noch laufende Gerichtsverfahren. Abschließend appellierte der SPÖ-Abgeordnete an die Oppositionsparteien, einen konstruktiven Weg einzuschlagen. Die Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fanden keine Mehrheit.

## Offener Brief von LH Peter Kaiser zur Causa Hypo Alpe-Adria

Liebe Kärntnerinnen und Kärntner, liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Aufgrund vieler Anfragen (Email, Facebook, Twitter, Briefe,...) möchte ich Ihnen meine Sicht der Dinge und den Status quo betreffend Hypo mitteilen.

Ich kann Ihnen versichern, dass für mich bei allen Verhandlungen und Entscheidungen betreffend Hypo immer eines im Vordergrund stand und steht: der größtmögliche Schutz der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, der Kärntnerinnen und Kärntner, der Österreicherinnen und Österreicher. Seit dem Verkauf an die Bayern als auch nach der Notverstaatlichung entzog sich Kärnten jeglicher Einblick in die Bank als auch die Planungen bezüglich weiterer Vorgehensweise bzw. Abwicklung. Seit 2009 liegt die Verantwortung für die Hypo beim Bund. Dass die Verhandlungen betreffend der bevorzugten Variante, nämlich der Beteiligung der Österreichischen Großbanken, gescheitert sind, musste ich ebenso wie Sie, hinnehmen.

Auch wenn die Haftung ursprünglich von allen Parteien im Kärntner Landtag mit beschlossen wurde, so möchte ich dazu klarstellen, dass dieser Beschluss auf Basis vorgelegter Berichte passiert ist, die sich letztendlich auf den Aufsichtskommissär des Landes gestützt haben, welcher damals von der FPÖ (Finanzreferent Pfeifenberger, Finanzreferent Haider) gestellt wurde. Ich bin jedenfalls, genau so wie Sie und viele Kärntnerinnen und Kärntner sowie Österreicherinnen und Österreicher, ebenso verwundert darüber, welche Misswirtschaft in der Bank betrieben wurde und wie es auf Basis erwähnter, offensichtlich "schöngefärbter" Berichte zu derart fatalen Fehlentscheidungen kommen konnte... Was uns bleibt ist die Hoffnung, dass die Gerichte die Verantwortlichkeiten klären und die Schuldigen, noch so gut es geht, zur Rechenschaft gezogen werden.

Zwischenzeitlich haben wir uns erfolgreich darum bemüht, für die HAA-Bank (Hypo Austria) eine Lösung mit neuem Eigentümer zu finden. In dieser HAA, die als Folge der Übernahme nicht durch die Anstaltsabwicklung betroffen ist, befinden sich nach wie vor Ausfallhaftungen des Landes Kärnten in der Höhe von 750 Mio Euro. D.h. sollten diese Haftungen schlagend werden, muss Kärnten diese über den Zukunftsfonds bedienen.

Ich bin mir bewusst, dass die Übernahme der Haftungen ein großer Fehler war. Ich möchte Sie aber auch bitten, nicht jene zu verurteilen, die nun damit beauftragt sind, die Suppe, die andere eingebrockt haben, auszulöffeln...

Jedenfalls bin ich davon überzeugt, dass die Kärntnerinnen und Kärntner sich der Verantwortlichkeit der Fehler der Vergangenheit bewusst sind, und die Unterstützung Österreichs sehr wohl zu schätzen wissen.

Hochachtungsvoll Landeshauptmann Peter Kaiser

P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

[Muttonen begrüßt österreichische Initiative für Anti-Atomwaffenkonferenz in Wien 2014 \(14.02.2014\)](#)

### 13. OSZE Wintertagung in Wien



Am 13. und 14. Februar war ich als außen- und europapolitische Sprecherin der SPÖ auf der 13. Wintertagung der OSZE in Wien (im Bild gemeinsam mit dem Generalsekretär der OSZE Lamberto Zannier). Insgesamt nahmen in diesem Jahr 260 ParlamentarierInnen aus 54 OSZE-Mitgliedstaaten an den Gesprächen und Diskussionen teil. Dominiert wurde die Tagung selbstverständlich von der augenblicklichen Lage in der Ukraine. Sehr interessant war auch der Bericht der OSZE-Sonderbeauftragten für Gender-Fragen Hedy Fry. Den aktuellen Gender-Bericht der OSZE, der die bessere Teilhabe von Frauen in der Friedens- und Sicherheitspolitik behandelt, könnt Ihr [hier](#) in englischer Sprache einsehen.

In ihrer Eröffnungsrede am Donnerstag, äußerte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer die Hoffnung, dass es den Konfliktparteien in der Ukraine gelingen möge, in einem aufrichtigen Dialog miteinander zu einer friedlichen Lösung zu finden. Beide Seiten müssten auf Gewalt verzichten. Die internationale Staatengemeinschaft und die europäischen Friedens- und Sicherheitsorganisationen OSZE, Europarat und EU seien aufgefordert die Ukraine auf diesem Weg zu unterstützen.

Weitere Informationen zur OSZE Wintertagung können Ihr [hier](#) (in englischer Sprache) einsehen.

### BK Faymann auf der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Vom 27.01 bis 31.01 fand in Straßburg die Januarsitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates statt, an der ich als sozialdemokratische Delegierte des Nationalrats teilgenommen habe. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Evaluierung der Partnerschaft für Demokratie mit der Palästinensischen Autonomiebehörde. Am Donnerstag besuchte Bundeskanzler Faymann die Parlamentarische Versammlung. Anlass war der halbjährige Vorsitz Österreichs im Ministerkomitee des Europarates.



In seiner Rede an die Delegierten forderte Faymann weitere konkrete Schritte in der europäischen Krisenbekämpfung ein. Spekulationen müssten weiter eingedämmt, Steuerbetrug bekämpft und die Finanzmärkte an den Krisenkosten beteiligt werden. BK Faymann nannte hier vor allem die Finanztransaktionssteuer. Die sei ein wichtiges Instrument um zusätzliche Mittel für soziale Maßnahmen zu generieren, wie etwa eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche. Nur die Versöhnung von Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Standards könne in Europa Frieden und Wohlstand auf Dauer sichern.



### **Buchvorstellung: Im Exil in Schweden**

Am 23. Januar war ich in der Schwedischen Botschaft in Wien, wo das Buches "Im Exil in Schweden. Österreichische Erfahrungen und Perspektiven in den 1930er und 1940er Jahren" von Irene Nawrocka vorgestellt wurde. Das Buch schildert aus dem Leben der 700-1000 Exilantinnen und Exilanten aus Österreich, die ab März 1938 vor der Verfolgung durch das nationalsozialistische Regime nach Schweden geflohen sind. Auf dem Bild zusehen sind von links nach rechts: Ulla Daag, die Frau des schwedischen Botschafters in Österreich; Margit Fischer, Ehefrau unseres Bundespräsidenten, deren Eltern vor der Nazi-Diktatur nach Schweden geflohen waren; Helena Lanzer Sillén, Enkelin von Otto Bauer, die mit ihrer Schwester und ihrer Mutter Wanda Lanzer ebenfalls nach Schweden geflohen ist; Nils Daag, der schwedische Botschafter in Österreich und die Autorin Irene Nawrocka.

### **Impressum:**

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)